

GASTKOMMENTAR zur «Eindämmung» der Flüchtlingsströme

# Die «Hotspots» kühl beurteilen

Seit Anfang 2016 sind, trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse, wieder rund 80 000 Flüchtlinge auf den griechischen Ägäis-Inseln angekommen. Das sind viermal mehr als in derselben Zeitperiode vor einem Jahr. Schon bald dürften die Ausreisen wieder sprunghaft ansteigen. Falls nicht rasch gehandelt wird, ist mit einer erneuten, möglicherweise gar grösseren Flüchtlingswelle zu rechnen.

Dies wäre aber ein Schreckensszenario. Denn das real existierende Europa ist weder willens noch in der Lage, erneut mehr als anderthalb Millionen Flüchtlinge aufzunehmen. Vor allem ist zu befürchten, dass es in Griechenland - angesichts der geschlossenen Grenzen auf der Balkanroute - schon in diesen Frühling zu einem «Rückstau» von Flüchtlingen kommen wird, mit unabsehbaren Folgen. Das ohnehin geschwächte Land könnte vollkommen destabilisiert werden, und für die Flüchtlinge ist eine humanitäre Krise grössten Ausmasses zu befürchten.

Am vergangenen Dienstag gab der griechische Verteidigungsminister Panos Kammenos bekannt, vier der geplanten «Hotspots» (Aufnahme- und Registrierungszentren für Flüchtlinge) seien ab sofort funktionsfähig. Ein weiteres Zentrum

## «Die geschlossene Balkanroute wird fatal in Griechenland.»

stehe auf der Insel Kos innert weniger Tage zur Verfügung. Ist nun Entwarnung in der Flüchtlingskrise angesagt? Lässt sich mit derartigen Zentren die Zahl von Flüchtlingen reduzieren?

Alles spricht dagegen. Aufnahme- und Registrierungszentren haben nur eine Wirkung auf die Flüchtlingsströme, wenn dort eine Triage zwischen Kriegsflüchtlingen, individuell verfolgten Menschen und «Armutsmigranten» stattfindet. Und wenn Letztere anschliessend in ihre Herkunftsländer zurückgeschafft werden. Dies würde aber voraussetzen, dass diese «Hotspots» und die entsprechenden Zentren auf dem griechischen Festland gesichert wären, um das Abtauchen von



Beat Stauffer

Der Autor ist freischaffender Journalist mit Spezialgebiet Nordafrika, Referent und Leiter von Kursen und Studienreisen. Der gebürtige Aargauer wohnt und arbeitet in Basel.

Personen mit abgelehnten Asylgesuchen zu verhindern. Zudem wäre eine grosse Infrastruktur für die Rückschaffung der Migranten vonnöten. Nur so liesse sich eine massive Senkung der Zahl irregulärer Einreisen erreichen. Es ist höchst fraglich, ob Griechenland und Italien auch mit Unterstützung der EU in der Lage sein werden, solche Rückführungen vorzunehmen. Gewisse Experten halten diese «Hotspots» denn auch für eine «Augenwischerei» - zumindest, was die Reduktion der Flüchtlingsströme betrifft. Theoretisch gibt es zwei weitere Möglichkeiten, um die illegalen Einreisen von Flüchtlingen einzudämmen: erstens die Verstärkung der Küsten- und Grenzschutz der Mittelmeeranrainerstaaten im Süden und Osten und zweitens eine engere Zusammenarbeit mit diesen Staaten. Beide Optionen sind mit Hypotheken behaftet.

Eine militärische Sicherung der EU-Aussengrenzen würde bedeuten, dass die auf offener See geretteten Flüchtlinge wieder in die Türkei oder nach Nordafrika zurückgeschafft würden. Damit wäre ihnen verunmöglicht, ein Asylgesuch zu stellen. Vom Völkerrecht sowie vom heutigen Selbstverständnis der EU her ist eine solche Lösung kaum vorstellbar. Diese Option wäre wohl

nur dann mehrheitsfähig, wenn gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen würde, auf europäischen Botschaften in der Türkei, im Nahen Osten und im Maghreb Asyl zu beantragen.

Bleibt als letzte Möglichkeit die enge Zusammenarbeit mit den Mittelmeeranrainerstaaten. Auch diese Option hat gewichtige Nachteile. Zum einen handelt es sich ausnahmslos um autoritär regierte Staaten, die es mit Menschenrechten nicht allzu genau nehmen. Zum anderen liefert sich Europa in einem gewissen Ausmass dem Wohlwollen dieser Staaten aus, die sehr wohl begriffen haben, dass Flüchtlinge ein Druckmittel sein können. Schliesslich müsste Europa auch hier dafür besorgt sein, dass Flüchtlinge im Sinn der Genfer Konvention Asylgesuche stellen und nach Möglichkeit direkt nach Europa ausreisen könnten.

Dennoch ist diese dritte Möglichkeit zurzeit die einzige, die sich kurzfristig umsetzen lässt. Fak-

## «Die Maghrebstaaten sichern heute schon die EU-Grenzen. Aber wohl zu ihrem Preis.»

tisch sichern die meisten Maghrebstaaten heute schon die europäischen Aussengrenzen: Die Küstenwachen in Tunesien, Algerien, Marokko und Mauretanien halten eigene Mitbürger und Migranten anderer Staaten in den meisten Fällen davon ab, auf irregulärem Weg nach Europa auszureisen. Wären diese Grenzen ebenfalls offen - so wie heute in Libyen -, hätte Europa mit weit grösseren Flüchtlingsströmen zu kämpfen.

Diese Option ist freilich nicht gratis. Die Türkei muss bereits mit drei Milliarden Euro zu einer Zusammenarbeit motiviert werden. Auch die Maghrebstaaten dürften Europa bald darüber ins Bild setzen, dass sie die Aufgabe weder unentgeltlich übernehmen können noch übernehmen wollen. Nur im Rahmen einer Migrationspartnerschaft mit den betreffenden Staaten, die auch legale Einreisemöglichkeiten beinhaltet, wird sich längerfristig eine Lösung finden lassen.

## KOMMENTAR

## Keine Zurückhaltung mehr bei Hasstiraden

Jeder hat das Recht, sich den Frust von der Seele zu reden. Oder die Angst. Zu Hause, im Ausgang, auf Facebook. Im privaten Rahmen müssen wir uns nicht unbedingt zweimal überlegen, was wir sagen. Wo wären wir denn, wenn wir nicht mal emotional sein dürften, unüberlegt, auch schlicht böse. Jene, die es hören, wissen hoffentlich, wie es gemeint ist. Oder dass es nicht so gemeint ist.

Dass das auch in den öffentlichen Online-Foren geschieht und die Kommentatoren



von Sabine Kuster

An der Infoveranstaltung über die Asylunterkunft in Gränichen fielen bitterböse Kommentare.

auch dort kein Blatt vor den Mund nehmen, daran haben wir uns schon gewöhnt. Die Medien schalten grenzwertige Kommentare auf ihren Portalen nicht frei, auf anderen Internetseite bleiben sie stehen.

Dass die Wut und der Hass auch an einem Informationsabend öffentlich gezeigt werden, ist neu. Und es schockiert. Wie hat das der Mann genau gemeint, der am Infoabend über die Asylunterkunft in Gränichen ans Mikrofon trat und fragte: «Müssen wir in Zukunft mit dem Baseballschläger durchs Dorf laufen?» Und was ist in die junge Frau gefahren, die ihrem Sitznachbarn für alle gut hörbar zuraunte, die Landwirtschaftsschüler der Liebegg sollten mit ihren Traktoren die «Terroristen» doch gleich überfahren.

In der Schweiz darf jeder weitgehend sagen, was er denkt. Hoffentlich bleibt das so. Auch deswegen stellen hier viele Antrag auf Asyl. Es scheint uns eine andere Qualität abhandenzukommen: die Bedächtigkeit. Der Mann am Mikrofon hat Angst, dass die Asylbewerber die Strassen unsicher machen. Das Klima vergiftet er selbst.

@sabine.kuster@azmedien.ch

## POLEMIK

## Nur Ärger mit dem Swispass

Früher öffnete ich das Portemonnaie, der SBB-Kondukteur schaute auf das Generalabonnement und die Kontrolle war erledigt. Nun muss ich täglich mehrmals den Swispass aus dem Geldsack klaben und warten, bis ihn der Kondukteur mit seinem Lesegerät gecheckt hat. Das stinkt mir.

Seit gestern bin ich richtig grantig. Ich weiss nun, dass die SBB 90 Tage lang festhalten, wann ich wo im Zug oder im Bus gesessen bin. Damit können sie feststellen, wie oft ich wohin fahre. Diese Information erfahre ich aus der Medienmitteilung des Datenschützers. Er hat interveniert und verlangt, diese Kontrolldaten zu löschen. Mich machten die SBB beim Kauf des Swispass nicht darauf aufmerksam.

Ich weiss, ich hinterlasse überall einen Datenschatzen. Beispielsweise, wenn ich bei Coop oder der Migros einkaufe und meine Cumulus-Karte oder Supercard zücke. Aber dafür erhalte ich wenigstens einen Rabatt. Den fordere ich ab sofort auch von den SBB, weil diese mit dem Swispass die Möglichkeit erhalten, von mir ein Bewegungsprofil herzustellen. Das ist nämlich viel Geld wert.

♦ Roman Seiler

Was ist Ihre Meinung?



Diskutieren Sie online mit.  
Stichwort Polemik.



ANSICHTSSACHE von Max Dohner

Angelina Pitt, vormals Jolie - warum werden Filmstars mit jedem Jahr jünger? - Angelina Jolie Pitt, gerade in Kambodscha, erinnert uns an ein Wort von Groucho Marx, das wir übertragen: «Als Angelina Jolie noch Lara Croft war ...» Groucho Marx hatte das - weit ätzender - auf die damalige Hollywood-Heilige Doris Day gemünzt und gesagt: «Als Doris Day noch keine Jungfrau war ...» Was man beliebig aus-

weiten kann, von Hollywood auf die Politik: «Als Anne Frances Robbins noch nicht Nancy Reagan war...» Und so weiter. Nichts gegen Jugendsünden! Noch weniger gegen Einsicht. Aber warum glauben amerikanische Mustermamas irgendwann, mit rostfreiem Stahlgewissen edel sein zu müssen? Gibts kein Leben zwischen Pin-up und Mutter Teresa? Zwischen Gaga und Madonna? FOTO: ANDY EAMES/KEY